

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Transparent am Innsbrucker Rathausbalkon ist ein klares Statement: „Innsbruck hat Platz!“ Innsbrucks Bürgermeister macht sich damit das Anliegen der auch hier aktiven Bewegung „Seebrücke“ zu eigen, über die in diesem Heft mehr zu lesen steht: „Seebrücke schafft sichere Häfen“, auch am Fuß der Nordkette. Wichtig, ja nötig freilich wäre es, wenn an diesen zur Verfügung stehenden Plätzen auch Geflüchtete aus den Lagern auf griechischen Inseln endlich Aufnahme finden könnten: Dies verhindert bekanntlich vor allem Österreichs Bundeskanzler.

Vor einem Jahr hat Laura Leyser, die Geschäftsführerin von Ärzten ohne Grenzen/Österreich im FLUCHTpunkt-Newsletter Nr. 19 die unhaltbaren Zustände in den griechischen Lagern Moria auf Lesbos und in Vathy auf Samos geschildert: „Kinder essen und reden nicht mehr, aus Verzweiflung“. Seit Langem haben NGOs auf den menschenverachtenden Umgang mit Geflüchteten dort hingewiesen: Es hat des Großbrands in Moria im September bedurft, damit unter großem öffentlichem Druck vereinzelt von europäischen Regierungen ein wenig Aufnahmebereitschaft gezeigt wurde – während jedoch gleichzeitig die Lager noch immer nicht geschlossen, sondern rasch neu errichtet oder instand gesetzt wurden. Die EU trägt dafür die Verantwortung. „Es ist in Moria eine Katastrophe geschehen ... Aber wir wissen alle: Moria ist die Katastrophe“, hat Matthias B. Lauer von FLUCHTpunkt bei der Solidaritätskundgebung in Innsbruck formuliert. Fotos sehen Sie auf den nächsten Seiten.

Wieder sind es vor allem NGOs, die unter schwierigsten Bedingungen helfen. Ihnen ist zu verdanken, dass flüchtende Kinder, Frauen, Männer die Flucht überhaupt überleben: Am Tag, an dem

diese Zeilen entstehen, hat die NGO Open Arms 200 Menschen vor dem Ertrinken retten können, 12 Menschen verstarben, nachdem ein Schlauchboot vor Libyen umgekippt war. Der Bastelbogen in diesem Heft versucht uns diese Bootsfahrten wenigstens symbolisch ein wenig nahe zu bringen.

Solidarität – sie war in beeindruckender Weise in Innsbruck im Juni sichtbar, als sich an die 5.000 Personen am Landhausplatz versammelten, um hier, so wie in vielen Städten der USA und auf anderen Kontinenten, niederkniend aufzustehen: Die Unterwerfungsgeste mit erhobener Faust als starkes globales Zeichen des Widerstands gegen Rassismus der Black-Lives-Matter-Bewegung, die nun auch in die gewählte US-Vizepräsidentin Kamala Harris Hoffnungen setzt. Der Einsatz gegen „systemischen Rassismus“ hierzulande verbindet die kleine FLUCHTpunkt-Gruppe mit der großen Bewegung in den USA, wie Sie hier nachlesen können.

Seit Monaten beeinflusst, beherrscht die Pandemie unser aller Leben. Den MitarbeiterInnen im FLUCHTpunkt-Büro zeigte sich, wie sehr der erste Lockdown im Frühjahr bestehende soziale Ungerechtigkeiten für unsere KlientInnen verschärft hat, die, meist prekär, prekär beschäftigt sind, beschäftigt waren, prekär wohnen. FLUCHTpunkt legt Zeugnis ab.

Und wir erfahren auch in diesem Heft, wie die Pandemie von Tiroler Gemüsebauern genutzt worden ist, um ErntehelferInnen auszunutzen. Die Kampagne für die Sezoni in Tirol, wie die Saisonarbeitenden auf rumänisch heißen, unterstützt und dokumentiert.

Die Redaktion



Am Rathaus von Innsbruck im November 2020

FLUCHTpunkt legt Zeugnis ab

Im Gespräch mit den FLUCHTpunkt-MitarbeiterInnen Simon Lukasser und Theresa Bertignoll

Von Frauke Schacht

„Wir werden ZeugInnen von vielem und wollen Zeugnis ablegen“ – FLUCHTpunkt formuliert seine Rolle immer auch als kritische und beredte ZeugInnenschaft. Um dieser Ausdruck zu verleihen, werden die FLUCHTpunkt-MitarbeiterInnen als ZeugInnen befragt. Vor dem Hintergrund der für viele Menschen existenziell bedrohlichen Coronakrise, deren Nachwirkungen für viele KlientInnen bis heute spürbar sind und der geplanten Verstaatlichung der Rechtsberatung hat sich die Lebenssituation für Menschen, die in Österreich nach Schutz suchen, weiterhin massiv verschlechtert. Dass dieser Satz so vor jedem ZeugInnenschaft-Artikel stehen muss, ist empörend. Österreich zeigt einmal mehr, dass die postulierten „Menschenrechte“ nicht für alle Menschen gleich gelten. Die Rechte Geflüchteter werden zusehends ausgehöhlt und verkommen immer mehr zu Unrechten. Das folgende Protokoll über diese Entwicklungen stammt vom 14.07.2020.

Der österreichweite Lockdown im Frühjahr hat die bereits bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten massiv verschärft. Dies zeigt sich, so gibt Herr Lukasser zu Protokoll, nicht zuletzt auch an den prekären und teilweise existenziell bedrohten Lebenssituationen jener Menschen, die das FLUCHTpunkt-Büro nach der Wiederöffnung aufgesucht haben. Viele haben ihre Arbeitsplätze verloren und manche davon damit auch ihren Wohnraum. Das betrifft vor allem jene Menschen, die für Saisonarbeiten eingesetzt wurden und in den jeweiligen Betrieben auch einen Schlafplatz zur Verfügung gestellt bekommen haben. Diese Menschen, so Frau Bertignoll, haben teilweise von heute auf morgen alles verloren und müssen abermals bei Null anfangen. Sie haben in den meisten Fällen auch keinerlei Anspruch

auf Arbeitslosengeld, weil ihnen die dafür nötigen Beitragsmonate fehlen. Dies wiederum liegt an den hohen Barrieren am Arbeitsmarkt, mit denen geflüchtete Menschen aufgrund struktureller und institutioneller Rassismen in Österreich konfrontiert sind und diese häufig zu langen Jobsuchen bzw. prekären Anstellungsverhältnissen führen.

Auch die beengten Wohnverhältnisse, in denen etwa Menschen, die in staatlichen Unterbringungen der Desintegration leben müssen, ausharren, stellen eine gravierende (Mehr)Belastung für die davon betroffenen Menschen dar. Lockdown, das haben die Berichte der KlientInnen deutlich gemacht, ist eben nicht gleich Lockdown. Auch die so häufig postulierte Solidarität während des Lockdowns ist zu hinterfragen, mahnt Herr Lukasser ein. Zum einen handle es sich hierbei um eine Form der nationalen Solidarität, die nicht über den eigenen Tellerrand (Stichwort: Moria und europäisches Grenzregime) hinauschaue.

Zum anderen sieht Herr Lukasser die Gefahr darin, dass sich ein skurriles gesellschaftliches Verständnis von Solidarität etabliert, das den Akt des Passiven als Ausdruck einer sich kümmernden Gemeinschaft proklamiert. Ein neues HeldInnentum, das sich durch Nichts-Tun auszeichnet, sei gesellschaftspolitisch höchst problematisch, so Herr Lukasser.

„Homeschooling“ – ohne Internet, ohne Computer

Frau Bertignoll gibt zu Protokoll, dass vermehrt Eltern von schulpflichtigen Kindern das Büro von FLUCHTpunkt aufgesucht haben. Viele der Eltern waren mit dem Homeschooling ihrer Kinder überfordert. Nicht zuletzt auch, weil in vielen Familien kein Zugang zum Internet oder gar kein Computer vorhanden ist. Zwar gibt es die Möglichkeit, so Frau Bertignoll, einen Antrag auf Kostenzuschuss für die technische Ausstattung (Laptop etc.), allerdings werden dabei nur maximal 50 % der Kosten übernommen, die von vielen nur mit schweren Einbußen oder auch gar nicht getragen werden können. Aber auch eine mangelnde Informationsweitergabe seitens der Institution Schule hat zu Unverständnis und Unsicherheiten geführt. Dennoch, so Frau Bertignoll, gibt es auch positive Beispiele. Eine Lehrerin stattete einer Familie, deren Kind ihre Klasse besuchte, wöchentliche Besuche ab, um sicher zu stellen, dass die Schülerin alle notwendigen Materialien für die Hausübungen zur Verfügung gestellt bekam. Einmal mehr würde sich hier zeigen, wie zentral gesellschaftspolitisches Engagement ist. Dieses, so die beiden MitarbeiterInnen, sei in den letzten Monaten stark zurück gegangen. Es kann in diesem Zusammenhang



von einem gefährlichen Gewöhnungseffekt an die unmenschlichen Bedingungen, mit denen geflüchtete Menschen in Tirol und anderen Orts konfrontiert werden, gesprochen werden. Umso mehr gilt es immer wieder deutlich zu machen, wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement ist, so die beiden MitarbeiterInnen.

Eine weitere Schwierigkeit, mit der viele KlientInnen konfrontiert waren, betrifft die Familienzusammenführungen. Bis alle nötigen Voraussetzungen erfüllt werden, alle Unterlagen gesammelt und die notwendigen Termine mit den zuständigen Botschaften ausgemacht sind, vergehen häufig einige Monate, die für die davon betroffenen Menschen mit enormen psychischen Belastungen einhergehen. Die Angst auf Grund der lebensbedrohlichen Situation in den jeweiligen Ländern, in denen – meist die Frauen mit Kindern – ausharren müssen, ist nahezu unerträglich. Teilweise, so Frau Bertignoll kommen die Männer jeden Tag, um eventuelle Neuigkeiten zu erfragen: „Zwar versprechen wir allen, sie umgehend zu kontaktieren, falls sich etwas tut, aber die Situation ist einfach nicht auszuhalten für viele“ (Bertignoll). Während des Lockdowns wurden vorübergehend und bis heute auf unbestimmte Zeit alle Termine mit den zuständigen Botschaften gecancelt. Erneut warten, erneut hoffen, erneut bangen. Der monatelange, teilweise jahrelange Kampf, alles Geforderte in die Wege zu leiten, wird wieder auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Nachwirkungen der Coronakrise werden für viele KlientInnen von FLUCHTpunkt noch lange anhalten.



FLUCHTpunkt blickt mit großer Sorge auf die verstaatlichte Rechtsberatung

Und durch die geplante Verstaatlichung der Rechtsberatung im Asyl(un)system wird die Situation weiter verschärft. Besorgt sehen Frau Bertignoll und Herr Lukasser der Umsetzung eben dieser entgegen. Wachsamkeit und öffentlich wirksame Zeugnnenschaft wird wahrscheinlich zusehends wichtiger werden. Es gibt viele Unsicherheiten bezüglich der neuen Bundesagentur für Betreuungs- und

Unterstützungsleistungen (kurz: BBU), die ab kommendem Jahr ihre Arbeit aufnehmen wird. Auch wenn nun ein Rechtsexperte der Diakonie, Stephan Klammer, zum Bereichsleiter für die Rechtsberatung für AsylwerberInnen in der BBU bestellt wurde, bleibt es eine staatliche Beratungs- und Betreuungseinrichtung. Die unabhängige Rechtsberatung für geflüchtete Menschen ist damit in Gefahr. Das sei jetzt bereits ein Skandal, noch bevor die Agentur mit Jänner 2021 ihre Arbeit aufnimmt (Zur BBU s. den Beitrag von Matthias B. Lauer in diesem Heft). Zudem geistern auf europäischer Ebene, so Herr Lukasser, Ideen herum, dass zukünftig geflüchtete Menschen Asylanträge nur noch an den Außengrenzen stellen könnten. Dafür sollen sogenannte „grenznahe Lager“ geschaffen werden. Damit würden nicht nur solidarische Unterstützungen durch NGOs und/oder zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse nahezu verunmöglich, sondern darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Menschen sich dann keine zweite Meinung etwa in Form einer alternativen und unabhängigen Beratungseinrichtung einholen können. Damit würde das Monopol der primären Informationspolitik im Rahmen der Asylverfahren in einer dem Staat unterstellten Rechtsberatung gebündelt werden. All diesen Entwicklungen schaut FLUCHTpunkt mit Sorge entgegen. Umso mehr gilt es da laut zu sein, wo sich Ungerechtigkeiten und zunehmende Rechtlosigkeit zeigt. Gegenwärtig möchte man/frau wie so oft schreien.



Black Lives Matter und der Einsatz für Geflüchtete hier

Von Matthias B. Lauer

Systemischer Rassismus herrsche in den USA, das gestand Anfang Juni ausgerechnet der frühere US-Präsident Bush ein. Ausgerechnet also ein Politiker, der selbst für rassistische Politik Verantwortung trug und dessen „Krieg gegen Terror“ alle Formen von Rassismus gestärkt hat. Systemischer Rassismus, ein Rassismus also, der das ganze System der Gesellschaft durchdringt, die gesamte Politik, die Gesetzgebung, das Bildungssystem, die Medien, das Bewusstsein und das Verhalten der weißen Mehrheit. Ein Rassismus, der System hat, der sich nicht allein in Polizeigewalt gegenüber Menschen mit der „falschen Hautfarbe“ zeigt. Und also einer, der kein Randphänomen in den Köpfen Weniger ist oder der im bösen Willen einzelner „Anderer“ wurzelt, sondern der struktureller und umfassender Natur ist.

Solcher systemischer Rassismus wird von den Menschen, die wir als Unterstützungsorganisation für Personen mit Fluchtgeschichte begleiten, tagtäglich erlebt. Sei es bei Abweisungen bei der Wohnungsvergabe, bei der Unmöglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, bei Beschränkungen, die ihnen beim Zugang zu Lokalen gesetzt werden oder bei Personenkontrollen.

Und dieser systemische Rassismus ist nicht allein einer der alltäglichen Erfahrung hier. Denn was ist es anders als systemischer Rassismus, wenn man Menschen auf der Flucht zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken lässt, ihre Rettung aktiv verhindert und die, die sie retten, kriminalisiert? Dass man sie in der Sahara verhun-

gern lässt und Terrormilizen ausliefert, die für den vielbeschworenen Schutz der EU-Grenzen ihr mörderisches Handwerk verrichten?

Systemischer Rassismus – gegenüber Geflüchteten, hier

Was ist es anderes als systemischer Rassismus, wenn man schutzsuchende Menschen in Lagern anhält, an den sogenannten Hotspots an den EU-Außengrenzen, oder aber in abgelegenen sogenannten Rückkehrzentren, die die Betroffenen isolieren und für ihre Abschiebung zermürben wie am Bürglkopf hier in Tirol? Oder in Lagern auf den griechischen Inseln, die mit dem Mehrfachen der Zahl der Menschen belegt werden, als wofür sie ausgelegt worden sind und in denen nach übereinstimmender Aussage der dort tätigen Hilfsorganisationen völlig katastrophale Zustände herrschen? Oder in Lagern in Libyen, in denen Tausende versklavt, gefoltert, vergewaltigt wurden?

Was ist es anderes als systemischer Rassismus, wenn man Menschen ohne Delikt in Haft hält, in Schubhaft, nur um ihre Abschiebung vorzubereiten, die in Zeiten der Coronakrise ohnehin nicht vollzogen werden kann? Wenn man überhaupt Menschen das Recht versagt, in dem Land zu bleiben, in das sie sich retten konnten? Dass sie bedroht werden, auch in Länder wie Afghanistan zurückkehren zu müssen, ein Land im Kriegszustand, ein Land täglicher Anschläge



und zahlloser Drohnenangriffe, systematischer Verfolgung ethnischer und religiöser Minderheiten, wohlwissend, dass sie dort keine Existenzmöglichkeit finden werden und mit großer Wahrscheinlichkeit nur mehr zu neuerlicher Flucht gezwungen sein werden?

Was ist es anderes als systemischer Rassismus, wenn man AsylwerberInnen vom regulären Arbeitsmarkt ausschließt? Wenn diejenigen, die wenigstens eine Lehre machen können, selbst dadurch anschließend nicht vor Abschiebung geschützt sein sollen?

Was ist es anderes als systemischer Rassismus, wenn man Menschen im Asylverfahren ihrer Rechte beraubt, namentlich ihnen ihre unabhängige Rechtsvertretung durch Übertragung an eine staatliche Behörde nimmt, wie in der neuen Bundesagentur BBU, die diese Agenden ab Jänner übernimmt?

Und was ist es anderes als systemischer Rassismus, wenn man Menschen, die hier, in diesem Land leben, etwa das Wahlrecht verweigert, als ob der Grundsatz nicht gelten dürfte, dass wer in einem Land lebt, auch über seine Lebensbedingungen und die Zukunft dieses Landes mitentscheiden dürfen muss?

Sich mit Betroffenen verbünden

Ja, es ist nichts anderes als systemischer Rassismus, dass überhaupt Menschen unterschiedliche Aufenthaltsstatus erhalten oder vorenthalten werden, dass ihre Bewegungsfreiheit beschränkt, sie ihren Wohnort nicht frei wählen können, sie nicht die gleichen politischen Rechte und sozialen Leistungen erhalten wie solche, die die Staatsbürgerschaft besitzen. Denn all dies geschieht mit System.



Black Lives Matter hat in den USA dieses System in Frage gestellt und die Bewegung von Schwarzen Menschen weltweit inspiriert. Es hat zugleich nochmals bekräftigt, dass Kämpfe nur an der Seite der Betroffenen von Rassismus geführt werden können, dass *ihre* Leben, *ihre* Stimmen zählen und die Arbeit von Unterstützungsorganisationen wie der unseren, der von FLUCHTpunkt, nicht eine Führungsrolle in diesen Kämpfen beanspruchen kann, sondern sich mit diesen Kämpfen verbinden muss.

Jede Form der Diskriminierung, der Ausbeutung und Ausgrenzung, der Unterdrückung gehört benannt, angegangen und überwunden. Tagtäglich, überall und mit System.

Der Artikel beruht auf einer Rede, die Matthias B. Lauer, Mitglied des Vorstands von FLUCHTpunkt – arge Schubhaft, bei der Black Lives Matter-Solidaritätskundgebung in Innsbruck am 6. Juni 2020 am Landhausplatz gehalten hat.



Abstand halten ist ein Privileg – Struktureller Rassismus in Coronazeiten

Von Frauke Schacht

Abstand halten ist eine zentrale Devise, um den neuartigen COVID-19 Virus einzudämmen und die Ansteckungszahlen zu verringern bzw. die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Menschen, die in Moria und anderen Orten auf Lesbos zusammen gepfercht in völlig überfüllten Lagern ausharren müssen, wird dies verwehrt. Die Frage lautet: Wer darf in Coronazeiten Abstand halten?

Nicht nur in Griechenland oder anderen Orten des europäischen Grenzregimes wird deutlich, dass die Möglichkeit Abstand zu halten, um die eigene Gesundheit und jene der Mitmenschen zu schützen, ein Privileg darstellt. Auch in Österreich, in Tirol, leben Menschen in sogenannten Flüchtlingsunterkünften auf engstem Raum zusammen. Sie teilen sich eine Küche, leben in Mehrbettzimmern und benutzen die Sanitäranlagen mit den anderen BewohnerInnen. Die Gefahr der Ansteckung ist in dieser Form der Unterbringung weitaus höher, warnt auch das Robert-Koch-Institut (RKI) und spricht sich für eine Entzerrung der Belegung aus. Es scheint so offensichtlich und doch ändert sich nichts. Hier zeigt sich einmal mehr, dass Menschenleben unterschiedlich in Wert gesetzt werden. Schutz gibt es eben nicht für Alle. Das Virus an sich unterscheidet zwar nicht zwischen Menschen, aber die Konsequenzen, die mit ihm einhergehen, haben diskriminierende Effekte. So verhält es sich übrigens auch mit anderen Krisenereignissen.

Die Betroffenheit hinsichtlich der Konsequenzen, die etwa die ökologische Krise nach sich zieht, ist über Kategorien wie *race*, *class* und *gender* vermittelt (vgl. Wissen/Brand 2012: 36). So bestimmt der sozioökonomische Status einer Person etwa die gesellschaftliche Verwundbarkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Besonders deutlich wurde dies beispielsweise beim Hurrikan Katrina in New Orleans im Spätsommer 2005. Sowohl während als auch nach der Katastrophe waren die arme Bevölkerung und vor allem People of Color besonders vulnerabel. Es fehlte an Zufluchtsstätten, Evakuierungsstrategien und Unterstützung beim Wiederaufbau der Armenviertel (vgl. Dietz/Brunnengräber 2008). „Naturkatastrophen wirken

also ebenso wie die Auswirkungen des Klimawandels alles andere als sozial neutral, genauso wenig wie sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen ökologisch neutral sein können“ (ebd.: 406).

Wir sind Teil eines rassistischen Gefüges

Dass diesen kurz skizzierten diskriminierenden Effekten nicht entgegen gearbeitet wird, liegt an dem zutiefst verankerten *strukturellen Rassismus* in Österreich, der sich soweit normalisiert hat, dass die Aufschreie hinsichtlich der Unterbringung von geflüchteten Menschen in der Coronazeit fast nicht hörbar sind. Da mutet es fast schon komisch an, dass die Solidaritätsbekundungen der *Black Live Matter* Bewegung einen derart breiten Anklang gefunden haben. Es geht mir überhaupt nicht darum, die Solidarität in irgendeiner Art und Weise in Frage zu stellen. Überhaupt nicht. Es geht mir darum, deutlich zu machen, dass Solidarität nicht ausreichend ist. Was sich ändern muss sind die Strukturen, die Menschen rassistisch diskriminieren. Und dazu gehört meines Erachtens auch, dass der Schutz der Gesundheit in Coronazeiten von geflüchteten Menschen genauso ernst genommen wird wie derjenigen Menschen, die in der globalen Geburtslotterie Glück hatten und über einen europäischen Pass verfügen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind die Konsequenzen für geflüchtete Menschen, die die Pandemie nach sich zieht, weitaus schlimmer. So berichteten viele KlientInnen von FLUCHTPUNKT, die etwa in der Gastronomie und im Tourismusbereich tätig waren, dass ihre Stellen als erste gestrichen wurden. Klar, billige Arbeitskräfte gibt es wie Sand am Meer – auch oder gerade nach der Coronakrise. Hier materialisiert sich struktureller Rassismus in Form von Armut und prekären Lebensverhältnissen. Wenn eine hochschwangere Frau mit ihrem Mann (beides KlientInnen von FLUCHTPUNKT) 200,- Euro im Monat für die Befriedigung der Grundbedürfnisse zur Verfügung hat, stimmt etwas grundsätzlich nicht. Solange nicht an den Grundfesten des Kapitalismus gerüttelt wird, und damit meine ich vor allem auch den strukturellen Rassismus, der unter anderem das Fundament eben dieses Systems darstellt, werden solche prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse für viele Menschen Realität bleiben. Sich mit jenen Menschen solidarisch zu zeigen, ist wichtig. Es darf allerdings nicht dabei bleiben. Und dazu gehört es, der unbequemen Wahrheit des strukturellen Rassismus ins Auge zu schauen. Anzuerkennen, dass wir alle Teil eines rassistischen Gefüges sind, ob wir das wollen oder nicht. Das tut weh und ist auch manchmal beschämend. Aber erst wenn dieser Umstand anerkannt wird, wird es möglich, Veränderungen anzustoßen. Wird es möglich verantwortungsbewusst mit den eigenen Privilegien umzugehen. Dafür muss man sie aber kennen.



Das Ende der bundesfinanzierten unabhängigen Rechtsberatung – und die Hoffnung, dass es nicht so schlimm kommt

Von Matthias B. Lauer

Mit Jänner 2021 wird die neugeschaffene Bundesagentur für Betreuung- und Unterstützungsleistungen GmbH (BBU) die Rechtsberatung von AsylwerberInnen im Verfahren vor dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) und dem Bundesverwaltungsgericht übernehmen. Damit wird ein zentrales Projekt der Verschärfung des Fremdenrechts unter Türkis-Blau nun unter veränderter politischer Couleur umgesetzt. Und damit endet die bisher bestehende bundesfinanzierte unabhängige Rechtsberatung.

Diese fundamentale rechtliche Veränderung für die Betroffenen ist von allen parteilich für Geflüchtete arbeitenden Organisationen, auch von FLUCHTpunkt, von Anfang an deutlich kritisiert und politisch bekämpft worden. Denn nun soll die rechtliche Vertretung der Betroffenen in den Händen der gleichen Behörde liegen, die über den Aufenthalt und den Status der schutzsuchenden Menschen entscheidet.

Nach dem Regierungswechsel wurde nun aus dem Justizministerium zugesagt, dass die Rechtsberatung weisungsfrei erfolgen werde. Die eingestellten RechtsberaterInnen sollen juristisch qualifiziert sein, ein Qualitätsbeirat soll der Institution an die Seite gestellt werden. Und der ausführenden Abteilung wird ein früherer Leiter der Diakonie Rechtsberatung, die mit dem Tätigkeitsbeginn der BBU keinen staatlichen Auftrag mehr hat, an die Spitze gestellt.

Sind damit alle Kritikpunkte an der neuen Vertretungsstruktur ausgeräumt? Ist es „nicht so schlimm gekommen“? Hat es ausgereicht, jemanden von „den Guten“ in einer Behörde zu haben, deren Rechtsgrundlage man in Frage gestellt hat? Nun, alle AkteurInnen der Kampagne für den Erhalt der unabhängigen Rechtsberatung halten ihre grundsätzliche Kritik aufrecht. Und mit Günter Ecker ist nun ausgerechnet der Leiter des Vereins Menschenrechte Österreich mit der Leitung des Bereichs Rückkehrberatung in der BBU betraut worden, zu dessen Gunsten seinerzeit auch uns – dem Verein arge Schubhaft, der FLUCHTpunkt trägt – als „zu kritischer“ Organisation die Schubhaftbetreuung weggenommen wurde und deren Selbstverständnis und Praxis verschiedentlich der Kritik unterliegt, besonders institutionennah zu sein. Um es an dieser Stelle besonders zu betonen: FLUCHTpunkt ist nicht unmittelbar von der Veränderung hin zur BBU betroffen, Wir gehören nicht zu den Vereinen, die vom Bund für Leistungen der Rechtsberatung finanziert worden sind und einen entsprechenden Vertrag über diese Aufgaben mit dem Ministerium hatten. Das Umfeld unserer Arbeit wird sich durch Wegfall der anderen unabhängigen Träger aber jedenfalls verändern.

So oder so: unsere Arbeit als unabhängige, parteilich für Menschen mit Fluchtgeschichte Eintretende Organisation, wird mit der Veränderung hin zur BBU nicht weniger bedeutsam. Eher im Gegenteil.



Seebrücke: eine Bewegung für „sichere Häfen“

Auch in Innsbruck ist eine Lokalgruppe der Bewegung Seebrücke aktiv, die u. a. im Juni eine Aktion für die Evakuierung der Lager in Griechenland organisiert hat. Seebrücke ist eine 2018 spontan in Deutschland entstandene, dezentral organisierte internationale Bewegung. Wir dokumentieren hier das Selbstverständnis und einige Kampagnen der Bewegung.

„Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und fordern von der Politik sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen.“

Wir bauen eine Brücke zu sicheren Häfen

Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Migration ist und war schon immer Teil unserer Gesellschaft! Statt dass die Grenzen dicht gemacht werden, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen.

Die Seebrücke ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und erwarten von der nationalen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Hintergrund der Seebrücke

Die Bewegung SEEBRÜCKE hat sich Ende Juni 2018 gegründet, als das Seenotrettungsschiff „Lifeline“ (des Vereins Mission Lifeline aus Dresden) mit 234 Menschen an Bord tagelang auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehrere Städte und Länder angeboten, die Menschen von der „Lifeline“ aufzunehmen.

Doch statt die Solidarität innerhalb der Bevölkerung anzuerkennen, nutzen europäische Politiker*innen wie Seehofer, Salvini und Kurz die Not der Menschen aus, um ihre eigenen Machtkämpfe auszutragen. Sie traten damit internationale Menschenrechte mit Füßen. Aus Empörung über diesen Zustand haben sich einige Aktivist*innen, die seit Jahren ehren- und hauptamtlich in der Geflüchtetenhilfe arbeiten, in einer Messenger-Gruppe organisiert. Daraus erwuchs innerhalb weniger Tage die Bewegung SEEBRÜCKE, der sich deutsch-

landweit viele Menschen angeschlossen haben. Über 300.000 Menschen sind bis heute im Namen der SEEBRÜCKE auf die Straßen gegangen. Es gibt neben zahlreichen Lokalgruppen in Deutschland auch Seebrücke-Gruppen in Amsterdam und Luzern, in Wien, Graz, Salzburg oder auch in Innsbruck.

In diesen Minuten, Stunden und Tagen laufen weiterhin Boote von Libyen aus. Viele Menschen werden keine Hilfe erhalten, denn aufgrund der Kriminalisierung von Seenotrettung sind derzeit fast keine Schiffe auf dem Mittelmeer. Das Sterben von Menschen wird damit von Politiker*innen billigend in Kauf genommen. Das ist eine unfassbare humanitäre Katastrophe, die verhindert werden muss. Wir wollen nicht weniger Rettung, sondern viel, viel mehr.

Kampagne „Sichere Häfen“

Mit den „Sicheren Häfen“ hat die Seebrücke den selbstständigen Protest der kommunalen Politik ins Rollen gebracht: Heute streiten Bürgermeister*innen und Stadträt*innen für unsere Ziele. Das stärkt den Widerstand und eröffnet neue politische Möglichkeiten.

- Sichere Häfen übernehmen Verantwortung, wo die Politik versagt:
- Sichere Häfen fordern im Namen ihrer Bürger*innen die Entkriminalisierung der Seenotrettung und neue staatliche Rettungsmissionen. Sie heißen Geflüchtete in ihrer Mitte willkommen – und sind bereit, mehr Menschen aufzunehmen, als sie müssten. Gemeinsam bilden die Sicheren Häfen eine starke Gegenstimme zur Abschottungspolitik der Bundesregierung – laut, unbequem und medienwirksam.
- Sichere Häfen müssen ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um tatsächliche Veränderungen in der Migrations- und Aufnahmepolitik zu erreichen. Nur das bewirkt Verbesserungen für Menschen auf der Flucht! Deshalb stellen wir konkrete Forderungen, mit denen Sichere Häfen die Migrationspolitik verändern sollen.

Seebrücke – Unsere Forderungen:

Sichere Häfen sollen sich für neue und stärkere Programme zur legalen Aufnahme geflüchteter Menschen stark machen – und selbst mehr Kompetenzen fordern, um auch eigenständig Menschen helfen zu können. Sie sollen deutlich signalisieren, dass sie bereit sind, mehr Menschen als bisher aufzunehmen. Sie sollen alle nötigen Ressourcen für die menschliche Versorgung und die gesellschaftliche Teilhabe der Ankommenden bereitstellen. Und wir wollen, dass sie sich energisch für sichere Bleibeperspektiven der Menschen einsetzen.



Kampagne #LeaveNoOneBehind

Dies ist eine Kampagne, die zu Beginn der Ausbreitung des Coronavirus im März 2020 begonnen hat. Es wurden neue Formen des Aktivismus gefunden, die ohne physische Präsenz auskamen: Online-Veranstaltungen, Petitionen und Tweet-Storms, gleichzeitig wurden die Stadtbilder orangener: Aus Fenstern hingen Banner, Schiffe aus Papier an Geländern über Flüssen und Schuhe an öffentlichen Orten. Unter Beachtung der Abstandsregeln fanden deutschlandweit täglich Demonstrationen statt. Überall wurde auf die Forderungen aufmerksam gemacht, die den Personen in den Lagern ihre menschlichen Grundbedürfnisse zugänglich machen sollen.

Die über 40.000 Menschen, die sich in für 1.300 Personen ausgelegten Lagern in Griechenland befinden, teilen sich noch immer eine Wasserstelle; die Essenversorgung ist noch immer auf 1000 Kalorien pro Tag herabgesetzt, unabhängig davon wie groß die Familie ist und angemessene Hygiene- und Medikamentenausstattung stehen noch immer nicht zur Verfügung. Auch das Coronavirus unterscheidet nach wie vor nicht zwischen Schwarz und Weiß sein oder zugeschriebener Nationalität. Rettungsschiffe werden weiterhin von den Häfen gewiesen, Notrufe ignoriert und geflüchtete Menschen von Frontex und der Polizei der EU gewaltvoll zurückgestoßen.

169 Städte haben sich mittlerweile bereiterklärt, ein sicherer Hafen zu sein. Doch Deutschlands Innenminister Seehofer unterbindet die Aufnahme der Menschen in sich bereit erklärten Ländern, sodass jegliche Schritte zur existenziellen Hilfe willentlich verhindert werden. Wir haben genug Platz! Wenn wir uns nicht weiterhin aktiv dagegen positionieren, lassen wir die Betroffenen alleine und beugen uns einer Mittäter*innenschaft. Bis alle Menschen in Sicherheit sind, dürfen wir unter keinen Umständen locker lassen. Deshalb organisieren wir uns und machen zu jeder möglichen Zeit, an jedem möglichen Ort und jeden möglichen Menschen darauf aufmerksam, was gerade passiert und in welcher gesellschaftspolitischen Situation wir uns befinden. Wie die Bundesregierung sich zu tiefst rassistischen Praktiken bedient und dass es in unserer Pflicht steht, zu handeln.

<http://www.facebook.com/SeebrueckelInnsbruck/>
Kontakt: innsbruck@seebruecke.org

„Wir wählen Menschlichkeit“

Für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland in Österreich

Eine Aktion der österreichischen Zivilgesellschaft

Allen Schätzungen zufolge befinden sich in den griechischen Flüchtlingslagern ca. 40.000 Menschen, davon ca. 8.000 Kinder, rund 1.500 ohne Begleitung. Hygiene, Ernährung, gesundheitliche Versorgung sind katastrophal – auch in den neuen Lagern. Viele der Geflüchteten warten schon jahrelang. Und jetzt steht der Winter vor der Tür.

Verschiedene Gruppen der Gesellschaft haben sich – über politische und religiöse Grenzen hinweg – zu der Plattform „Wir wählen Menschlichkeit“ zusammengeschlossen. Wir sind nicht mehr bereit, diese Situation zu akzeptieren. Wir fordern die Aufnahme von Geflüchteten auch in Österreich.

Wir rufen dazu auf, die Petition zu unterzeichnen:

https://mein.aufstehn.at/petitions/wir-waehlen-menschlichkeit?fbclid=IwAR2oliQ19BjnOkQtuB0kbwrmlrpJNjrMpMCAbAM40BgHls-8k_3RRHDKjc4

Und wir sammeln Stimmen auf Wahlzetteln, online und in Papierform. Diese können an

**Plattform Asyl, Bürgerstraße 21,
6020 Innsbruck**

gesendet werden. Die gesammelten Stimmen und Petitionslisten werden nach Aktionsende als Petition ins Parlament eingebracht und auch der österreichischen Bundesregierung übergeben. Die Aktion läuft bis zum 29. November 2020.

Außerdem bitten wir Euch, diese Wahl in eurer Gemeinde bzw. in eurem Wirkungskreis in einem euch machbaren Ausmaß durchzuführen und gemeinsam für Menschlichkeit in Europa aufzustehen. Zusammen können wir sichtbar machen, dass Menschlichkeit in Österreich mehr als eine leere Worthülse ist, gemeinsam können wir zeigen, dass Menschlichkeit ein gelebter Grundwert ist.

Das Team:

Seebrücke Innsbruck, Plattform Asyl, So sind wir nicht, Omas gegen Rechts, Freundeskreis Flucht & Integration – Netzwerk Tirol, Diakonie Flüchtlingsdienst

<https://www.facebook.com/WirWaehlenMenschlichkeit>
Kontakt: wir-waehlen-menschlichkeit@gmx.at

„Ich will keine Schwarzen auf meinen Feldern“

Gemüseernte in Tirol

Von Sónia Melo

Regionales, biologisches und saisonales Gemüse kaufen ist ökobewusst, gewissenhaft, cool, ein Hype. Ob das Gemüse aber unter fairen Arbeitsbedingungen produziert wird, steht auf einem anderen Blatt, wird selten berücksichtigt. Leider. Denn „regional“, „biologisch“ und „saisonal“ stellen keine Garantie für Fairness dar.

Erntearbeiter_innen verrichten eine körperlich sehr anstrengende Arbeit, sieben Tage in der Woche, bis zu 15 Stunden am Tag, für einen sehr niedrigen Lohn – in Tirol beträgt dieser € 6,65 Netto die Stunde – das ist einer der höchsten in ganz Österreich. Österreicher_innen, die in der heimischen Landwirtschaft in der Ernte arbeiten, kann man an einer Hand abzählen. Dafür müssen „billige“ Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt werden. In Tirol kommen die meisten Erntearbei-

ter_innen aus Rumänien, der Ukraine und Serbien. Sie nehmen die harten Arbeitsbedingungen in Kauf, denn in Österreich haben sie das was zu Hause nicht zu finden ist – Arbeit.

Wie es diesen Menschen geht, wissen die wenigsten Konsument_innen in Tirol. Ab und zu nehmen wir sie wahr, wenn wir nach Hall und Thaur über die Bundesstraße, mit dem Zug ins Oberland fahren, auf Gemüse- und Obstfeldern unterwegs sind. Doch die Fragen „Wer sind sie? Woher sind sie?“ und vor allem „Wie geht es ihnen?“ werden, wenn überhaupt gestellt, selten beantwortet. Denn sie sind trotzdem unsichtbar.

Corona hat dies geändert, zumindest kurzweilig. Als es im März zum Lockdown kam, die Grenzen dicht gemacht wurden und die ersten Radieschen aus der Erde schauten, setzen die Tiroler Ge-



müsebauern ihre alljährliche Litanei „Es fehlen uns Arbeitskräfte“ noch lauter als in den vergangenen Jahren fort. Ihre Jammerei hat aber lange vor Corona begonnen. Dass ihnen angeblich Erntearbeiter_innen fehlen, hören wir seit vielen Jahren. Ihr Ziel dabei: das Kontingent für Nicht-EU-Bürger_innen, die eine Arbeitsgenehmigung gebunden an einem Betrieb erhalten, soll erhöht werden. Kurz gesagt: sie wollen mehr prekär Beschäftigte, mehr ausbeutbare Menschen, die sich alles gefallen lassen, weil sie keine Alternativen haben.

„Systemrelevant“ – und ausgebeutet

Dabei fehlen keine Erntearbeiter_innen auf landwirtschaftlich genutzten Feldern. Was auf den Tiroler Feldern fehlt, sind höhere Löhne, gute Arbeits- und Lebensbedingungen und effiziente Kontrollen der Behörden (Finanzpolizei, Arbeitsinspektorat), damit wenigstens das bestehende Arbeitsrecht eingehalten wird.

Corona hat sichtbar gemacht, wie abhängig die Gemüseernte in Österreich von migrantischen „Arbeitskräften“ ist. Ob Asylsuchende oder Einheimische, die aufgrund des Corona-Stillstands in die Arbeitslosigkeit geraten sind, die osteuropäischen Saisoniers ersetzen würden?, wurde im März gefragt.

Eine einst als „unqualifizierte Tätigkeit“ bezeichnete Arbeit wurde über Nacht „systemrelevant“. Sogar eine Plattform zur Vermittlung von arbeitslosen Personen („Die Lebensmittelhelfer“) hat das Landwirtschaftsministerium errichtet. So einfach ginge es aber nicht. Einerseits klagten die Bauern, die Bewerber_innen romantisieren die Arbeit am Feld und wollen nicht 15 Stunden am Tag und schon gar nicht die ganze Saison schufteten. Andererseits beklagten viele Menschen von den 30.000, die sich bei der Plattform gemeldet haben, bis heute keine Antwort bekommen zu haben. Bloß 4.000 wurden an landwirtschaftlichen Betrieben vermittelt.

Die kostenintensive gutinszenierte Plattform „Die Lebensmittelhelfer“ hat ihr Ziel nicht erreicht. Denn die Bauern wollten bestimmen, wer ihr Gemüse erntet. Einheimische und Asylsuchende arbeiteten nicht so schnell, und romantisierten eine harte Arbeit, klagten die Bauern nach wenigen Tagen. So forderten die Bauern, „ihre“ Stammsaisoniers aus dem Ausland einfliegen zu lassen und haben dafür tief in die Geldtasche gegriffen. Chartergebühr bezahlte die Landwirtschaftskammer, die Flüge die Bauern selbst. Manche Erntearbeiter_innen berichteten, die Flugkosten seien von ihrem ersten Lohn (inoffiziell) abgezogen worden. Andere erzählten, sie haben für die Zeit in der Quarantäne nicht bezahlt bekommen.

Sonderflüge zu den Gemüsefeldern nach Tirol

Mehrere Flugzeuge sind von geschlossenen Flughäfen aus Rumänien, Ungarn und der Ukraine, nach Tirol und nach Oberösterreich

geflogen. Personal, das einst als unqualifiziert galt, verwandelte sich plötzlich in Fachkräfte, Schlüsselkräfte, die trotz Pandemie geholt werden mussten. Die wenigen Einheimischen, die vermittelt wurden, berichten uns von unterschiedlichen Löhnen und Tätigkeiten. Einheimische verdienten mehr als Migrant_innen, waren in den Hallen zum Gemüsewaschen und -verpacken eingeteilt, während die ausländischen „Schlüsselkräfte“ am Feld schufteten, für weniger Geld.

„Ich will keine Schwarzen auf meinen Feldern“, bekamen wir von einem Tiroler Bauern als Antwort auf die Frage, ob er die Beschäftigung von Asylsuchenden in Erwägung zieht (wobei: „Schwarze“ ist mein Euphemismus, er hat das N-Wort benutzt). Andere wiederum beklagen, sie haben Asylsuchende angestellt und diese hätten nach wenigen Tagen die Arbeit gekündigt. Oder: Es seien ihre osteuropäischen Stamm-Erntearbeiter_innen, die mit Asylsuchenden nicht zusammenarbeiten wollen würden.

Niemand darf zur Erntearbeit gezwungen werden, ob Asylsuchende oder Menschen in der Arbeitslosigkeit. Es gibt in Österreich einen Berufsschutz. Aber aus rassistischen Gründen Menschen nicht zu beschäftigen, um dann aus dem Ausland Menschen einfliegen zu lassen, weil sie so viel „billiger“ sind, so viel billiger, dass die Flugkosten drin sind, ist nicht wirtschaftlich geschickt, es ist ganz einfach unmenschlich.

*Sónia Melo ist Mitgründerin
und Aktivistin der SEZONIERI-Kampagne in Tirol*

Die SEZONIERI-Kampagne ist eine *gemeinsame Aufklärungs- und Unterstützungskampagne* der Produktionsgewerkschaft PRO-GE im ÖGB mit NGOs und Aktivist_innen aus dem Bereich Landwirtschaft. Ziel ist es, der Ausbeutung von Erntearbeiter_innen in Österreich entgegenzuwirken und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern.

Die Kampagne heißt SEZONIERI, Sezionieri heißt Saisonier auf Rumänisch, die Sprache der meisten Erntearbeiter_innen in Österreich. Sie wurde 2014 initiiert, es gibt sie auch im Burgenland, in der Steiermark, in Niederösterreich, in Oberösterreich und in Wien.

www.sezonieri.at

www.facebook.com/sezonieri

www.vimeo.com/sezonieri

<https://twitter.com/sezonieri>

Sechster Bastelbogen – EIN BOOT

Boote werden oft als Symbol verwendet und finden häufig Eingang in Redewendungen – denken wir an die Arche Noah oder an alle möglichen Boote, die angeblich schon voll sind.

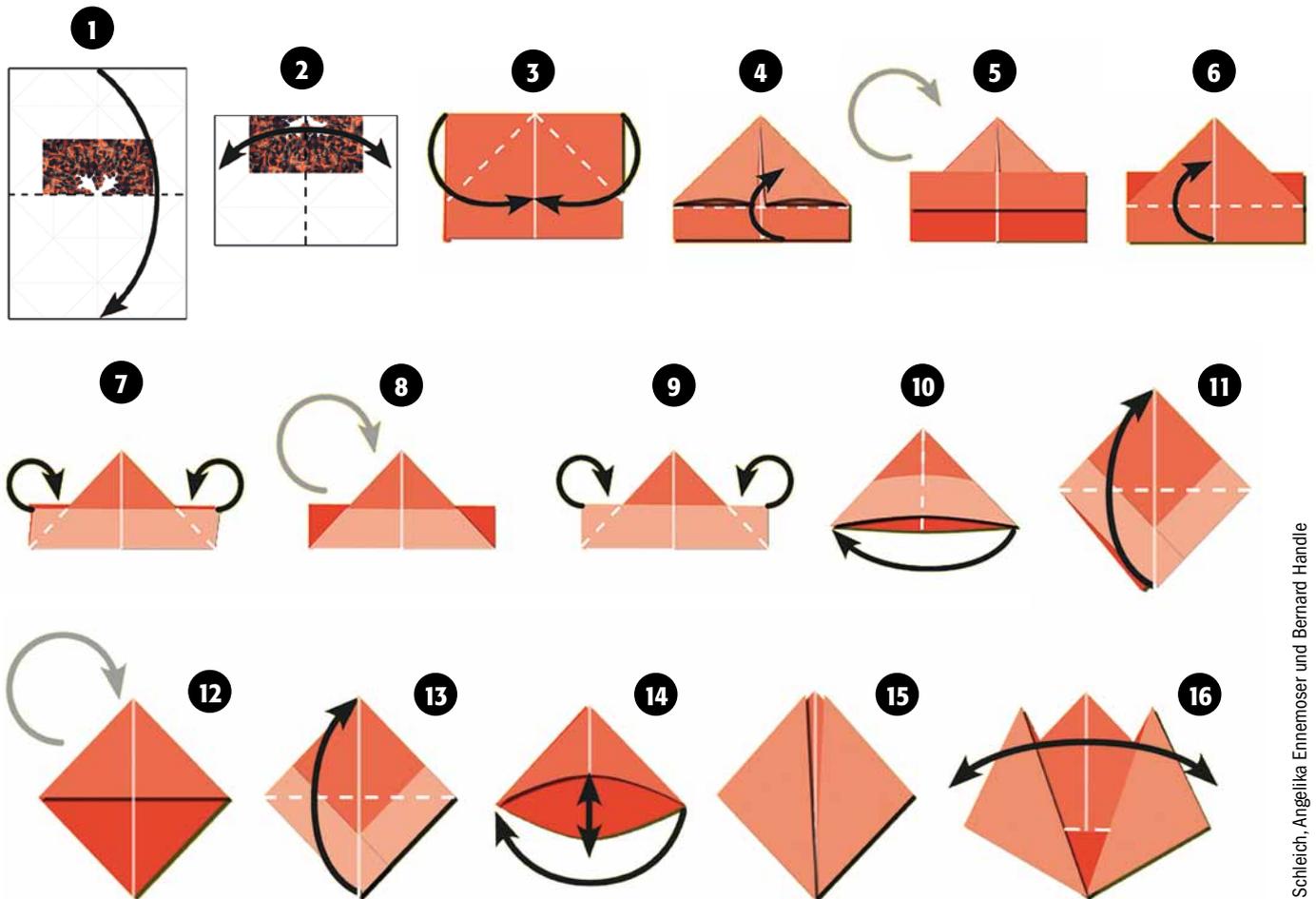
Wir wollen mit diesem Papierboot an die Sea-Watch-Schiffe im Mittelmeer erinnern. Seit August 2020 ist die Sea-Watch 4 wieder im Mittelmeer unterwegs, um Flüchtlinge zu retten, als EINZIGES Boot, das Hilfe anbietet! Die Vorgänger, Sea-Watch 3 und andere, sind derzeit in Mittelmeerhäfen gestrandet und dürfen nicht auslaufen. Technische Mängel werden als Grund angegeben, aber es handelt sich wohl um massive Mängel in der Verantwortung Europas. Sea-Watch kommentiert diesen Einsatz mit: „Wir hören nicht auf zu retten, solange ihr Menschen zur Abschreckung ertrinken lässt.“ Der Einsatz

im Mittelmeer ist begleitet von Ärzten ohne Grenzen. Sea-Watch rettete seit 2015 mehr als 37000 Menschen im Mittelmeer. Der Verein United4Rescue, ein Bündnis aus mehr als 550 großen und kleinen Organisationen, Unternehmen, Vereinen, Initiativen und Stiftungen hat den Kauf der Sea-Watch-4 im Jänner 2020 ermöglicht.

Hannah Arendt schreibt 1943 in ihrem Essay „Wir Flüchtlinge“ (7. erweiterte Auflage, Reclam 2018): „Nur sehr wenige Individuen bringen die Kraft auf, ihre eigene Integrität zu wahren, wenn ihr sozialer, politischer und juristischer Status völlig verworren ist.“

Deshalb braucht es FLUCHTPUNKT!

- falten - - - neue Falzlinie — vorhandene Falzlinie
- ↔ zusammen- und wieder auseinanderfalten ↻ umdrehen



Wenn Ihr Euch die Bastelanleitung lieber als Video anschauen wollt: <https://www.youtube.com/watch?v=riEes5JApxA>

FLUCHTpunkt empfiehlt

Hand in Hand für People of Color und Palästina

„Einmal mehr bietet uns Angela Davis präzise, dringend benötigte, weitreichende Einsichten in den systemimmanenten Rassismus, in die Grundlagen intersektionaler Analyse und Solidarität und in die wichtige Aufgabe, als Gleiche Hand in Hand aktiv zu werden, um ungerechte Systeme zu entblößen und zu entmachten. Die umfangreiche Sammlung von Essays enthält eine messerscharfe Analyse über die Polizeigewalt gegen People of Color, die systematische Inhaftierung Schwarzer in den USA, die Beweggründe von Linken für ihre Solidarität mit Palästinenser_innen, die Bejahung von Transgender-Inklusion... Die Essays nehmen uns mit auf eine Reise in die Geschichte, zu den Begründer_innen revolutionärer und anti-rassistischer Kämpfe, doch führen sie uns auch die Möglichkeit vor Augen, intersektionale Solidarität und Kämpfe nachhaltig fortzusetzen.“ *Judith Butler*



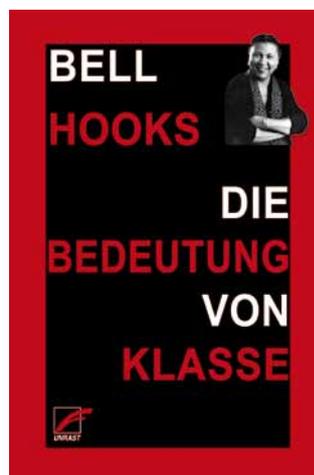
Angela Davis
 Freiheit ist ein ständiger Kampf
 Münster, Unrast, 2016
 (engl: *Freedom Is a Constant Struggle*, Chicago, HaymarketBooks, 2015)

Die Klassengesellschaft „ausgeblendet“

„Ich habe viele Bücher zum Thema Ungerechtigkeit geschrieben; darüber, wie man der Ausbeutung von Races, Geschlechtern und Klassen ein Ende setzen kann. Dies ist das einzige Buch, das sich konkret mit dem Thema Klasse befasst. Mehr als je zuvor rief das Schreiben einen Schmerz in mir hervor, der mich häufig im Herzen tief verletzt und weinend über meinem Schreibtisch zusammenbrechen ließ.“

Die Herkunft hat sie sich buchstäblich eingeschrieben – die unter dem kleingeschriebenen Namen ihrer indigenen Urgroßmutter *bell hooks* publizierenden US-amerikanischen Literaturwissenschaftlerin

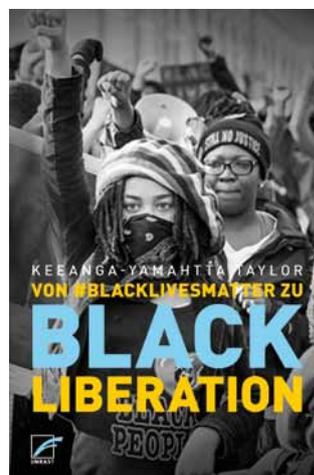
Gloria Watkins. *bell hooks* sieht in feministischen und rassismuskritischen Analysen die Klassenfrage oft „ausgeblendet“. Nach zwanzig Jahren liegt ihr einflussreiches Buch auch auf deutsch vor.



bell hooks
 Die Bedeutung von Klasse
 Münster, Unrast, 2019
 (2. Aufl. 2020)
 (engl: *Where We Stand: Class Matters*, Routledge Verlag, London/New York, 2000)

Das Potential von #BlackLivesMatter

Keeanga-Yamahtta Taylor, Afro-Amerikanistin an der Princeton University und selbst Aktivistin, zeichnet den Kontext nach, in dem sich die BlackLivesMatter-Bewegung um 2013 entwickelt hat, deren kraftvolle Geschichte auch in der Nachfolge der Black-Power-Bewegung der 1969/70er Jahre. Keeanga-Yamahtta Taylor schreibt über die historischen Hintergründe von Rassismus, sozialer Ungleichheit und Polizeigewalt in den USA und analysiert auch die Präsidentschaft Barack Obamas.



Keeanga-Yamahtta Taylor
 Von #BlackLivesMatter
 zu Black Liberation
 Münster, Unrast, 2017
 Ins Deutsche übersetzt
 vom gebürtigen Innsbrucker
 Gabriel Kuhn

Befreiung mit Humor

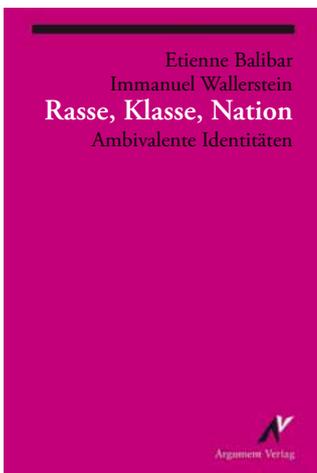
Die nigerianisch-US-amerikanische Politikwissenschaftlerin, Autorin und Journalistin thematisiert für ein breites Publikum die Vor- und Nachteile identitätspolitischer Kämpfe und öffnet den Blick für Intersektionalität. Wenn sie Leser*innen Werkzeuge für persönliche und gesellschaftliche Transformation zur Hand gibt, fehlt auch der Humor nicht. Das Buch ist ein New-York-Times-Bestseller.



Ijeoma Oluo
Schwarzsein in einer rassistischen Welt
Münster, Unrast, 2020
(engl: *So You Want to Talk About Race*, Seal Press 2018)

Grundlegend

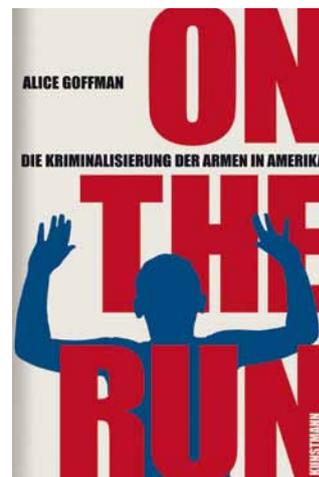
Die Analysen des Philosophen Etienne Balibar und des Soziologen Immanuel Wallerstein, 1990 im Argument-Verlag erstmals auf deutsch veröffentlicht, bleiben grundlegend für den Zusammenhang fundamentaler Gesellschafts-Konflikte. Balibar/Wallerstein schreiben: „Gerade weil der Rassismus eine anti-universalistische Lehre vertritt, erweist er sich bei der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems als hilfreich. Dank seiner Existenz können die Vergütungen für einen Großteil der Arbeiterschaft viel geringer ausfallen, als es auf der Basis von Verdienst und Leistung zur rechtfertigen wäre“. Auf ähnliche Weise sei auch Sexismus strukturell hilfreich für dem Kapitalismus.



Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein
Rasse, Klasse, Nation.
Ambivalente Identitäten
Hamburg, Argument Verlag
mit Ariadne, Argument Classics,
2019 (franz.: *Race, Nation, Classe. Les identités ambiguës*,
Paris, La Découvertes 1988)

„Ein Lehrstück“ der Kriminalisierung

„Ein Lehrstück über das rassistische Amerika“, nannte DeutschlandfunkKultur die Studie der Soziologin Alice Goffmann über das Leben in einem von Schwarzen bewohnten Ghetto in Philadelphia, in dem auch die Autorin sechs Jahre gelebt hat, mitten im stets gefährlichen Alltag aus Drogenhandel, Bandenkriegen, Polizeigewalt, Armut. In dieser großen Feldstudie porträtiert Goffmann junge afroamerikanische Männer, die in einem Netz von Kleinkriminalität, Gewaltbereitschaft, von Haftbefehlen, Überwachung und Misshandlungen durch Polizisten gefangen sind – Folgen einer verfehlten, ja fehlenden Sozialpolitik.



Alice Goffmann
On the Run. Die Kriminalisierung der Armen in Amerika
München, Antje Kunstmann 2015
(engl: *On the Run. Fugitive Life in an American City*,
New York, Picador, 2014)

„Wo kommst Du her“?

Der Kölnerin Alice Hasters ist seit der Grundschule die Frage vertraut: „Wo kommst Du her?“ Gefragt hatte die Lehrerin. Alice kam wie die anderen Kinder aus Köln. Vertraut wurde ihr die Frage nie. Ausgehend von eigenen Erlebnissen schildert die Journalistin, die u.a. für die ARD-Tagesschau und den Rundfunk Berlin-Brandenburg arbeitet, wie das Leben so ist als Schwarze Frau in Deutschland, sich mit den unterschiedlichen Ausprägungen von Rassismus auseinandersetzen zu müssen: Dass etwa (weiße) Menschen ungefragt ihre Haare anfassen. Hasters geht den Ursprüngen des Rassismus nach und schlägt ausgehend von ihren Erfahrungen einen Bogen zum strukturellen Rassismus in unseren Gesellschaften.



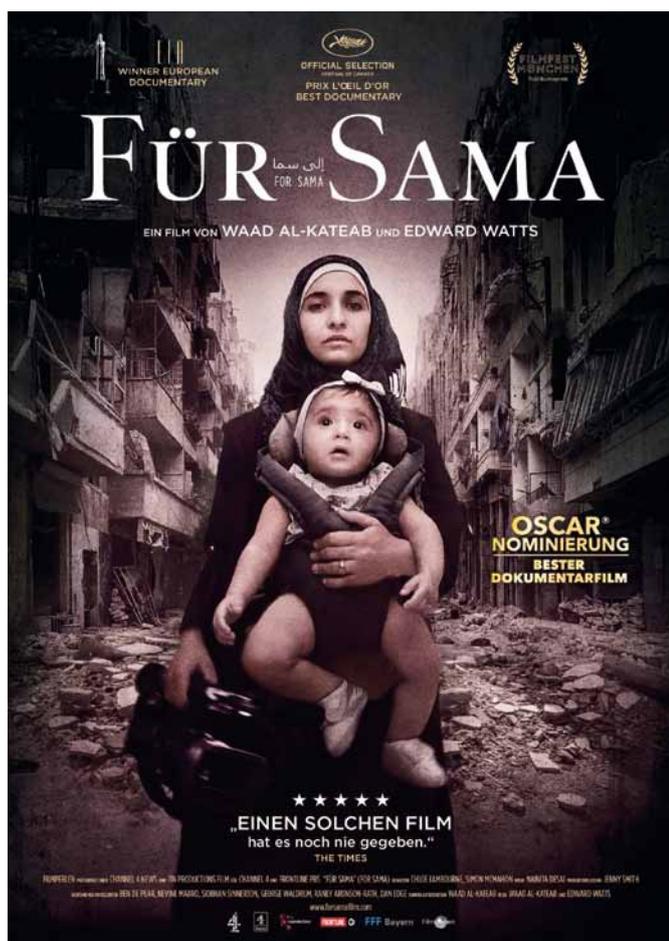
Alice Hasters
Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen. Aber wissen sollten.
(Buch und Hörbuch)
München, Hanser,
hanserblau, 2019

Zwei Filmtipps

For Sama (Für Sama)

Der britisch-syrische Dokumentarfilm der syrischen Filmemacherin und Aktivistin Waad al-Kateab (ein Pseudonym) und Edward Watts aus dem Jahr 2019, der sich mit dem syrischen Bürgerkrieg befasst, wurde 2020 für den Oscar als bester Dokumentarfilm nominiert. (Am 27. November war der Kinostart in Österreich vorgesehen.) Der Film basiert auf privaten Video-Aufzeichnungen, die die Regisseurin während des Krieges in ihrer Heimatstadt Aleppo gedreht hat, als sie sich verliebte und die Tochter Sama zur Welt brachte. Ihr Mann Hamza hält das Krankenhaus am Laufen, sie hält filmisch den Alltag im Krieg fest, in insgesamt 500 Stunden Videomaterial, bevor die Familie Syrien Richtung Türkei verlässt.

Im Stream oder als Download legal hier: <https://www.kino.de/film/fuer-sama-2019/stream>



When They See US

Die US-amerikanische Mini-Serie von Netflix (2019) der Regisseurin und Drehbuchautorin Ava DuVernay basiert auf Ereignissen im Jahr 1989 rund um die Vergewaltigung der 28-jährigen Trisha Meilli, während sie im New Yorker Central Park joggte. Die Verurteilung von fünf lateinamerikanischen bzw. afroamerikanischen Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 16, die die Tat gestanden hatten, erwies sich Jahre später als Justizirrtum: 14 Jahre nach der Tat hat sich der wirkliche Täter gestellt. Die Fehltritte wurden 2002 aufgehoben, als die fünf mittlerweile erwachsenen Jugendlichen ihre Haftstrafen bereits abgesessen hatten. Sie erhielten eine Entschädigung von insgesamt 41 Millionen US-Dollar.

<https://www.netflix.com/at/title/80200549>



FLUCHTpunkt benötigt Unterstützung

**Sie können uns mit Spenden helfen
oder gerne eine Solidaritäts-Aktie erwerben**

Herzlichen Dank auf diesem Wege den treuen und selbstverständlich auch den neuen AktionärInnen.

Wir erhalten seit der vergangenen Legislaturperiode erstmals eine Subvention des Landes Tirol, weiterhin eine kleine Unterstützung der Stadt Innsbruck und des Tiroler Beschäftigungsvereins. Leider ist es uns dennoch nicht möglich, ausreichend Geldreserven zu bilden, und unvorhergesehene Ausgaben bleiben für FLUCHTpunkt nach wie vor ein großes Problem.

Neue AktionärInnen sind uns deshalb sehr willkommen. Bisherige Aktien können im Nennwert völlig unbürokratisch erhöht werden. Solidaritätsaktien zum Herunterladen finden Sie auf unserer Homepage: <http://fluchtpunkt.org>.

Konto: Verein arge-Schubhaft, Tiroler Sparkasse,
IBAN: AT43 2050 3033 0112 2382, Bic: SPIHAT22XXX

Lust auf Mitarbeit bei FLUCHTpunkt?

FLUCHTpunkt hat einen großen und vielseitigen Vorstand mit vielen Mitgliedern. Um unsere Arbeit gut machen zu können, brauchen wir immer wieder Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Möglichkeiten dafür sind vielseitig. InteressentInnen können sich gerne bei uns melden.

info@fluchtpunkt.org
Tel: 0512/58 14 88

Wir freuen uns auch über Angehörige bestimmter Berufsgruppen, welche bereit sind, unseren MitarbeiterInnen mit ihrem Fachwissen beiseite zu stehen.

Beratung bei FLUCHTpunkt während der Pandemie

Unser Büro ist eingeschränkt geöffnet. Um eine persönliche Beratung zu vereinbaren, bitten wir vorher unter der Nummer **0512/58 14 88** im Büro anzurufen.

Wir sind Montag, Dienstag und Donnerstag zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr telefonisch erreichbar. Bitte informieren Sie sich auch auf unserer Website: <http://www.fluchtpunkt.org>

Our office is open with some restrictions. For personal consultation, we ask you to make an appoint by phone at **0512/58 14 88** (office number).

We are available on **Monday, Tuesday and Thursday between 9 a. m. and 4 p. m.**

Den Infoletter können Sie auch auf der Website downloaden und verbreiten.

Impressum:

FLUCHTpunkt: Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge
Ein Projekt des Vereins arge-Schubhaft,
Jahnstraße 17, A-6020 Innsbruck
Tel. 0043-512-581488
E-mail: info@fluchtpunkt.org

Bildnachweis:

S. 1: Benedikt Sauer
S. 10: Sezionieri-Kampagne

Christian Niederwolfsgruber hat uns freundlicherweise alle anderen Fotos gratis zur Verfügung gestellt, wofür wir uns herzlich bedanken!